



# WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe Mai 2012

## Minden als Spekulationsobjekt

Der Hamburger Investor ECE will am Wesertor ein riesiges Einkaufszentrum errichten und erhält dafür den ungeteilten Beifall von SPD, CDU und FDP. Die Partei „Die Linke“ und die DKP Minden lehnen diesen Konsumtempel ab.

Bereits 2006 wurde ein Einkaufszentrum in der Innenstadt als die große Gelegenheit zur Stadtentwicklung gefeiert. Aus einem weiten Umland von 500.000 Einwohnern sollten die Käufer nach Minden gelockt werden. Das Konzept war seinerzeit mit dem Abriss des Neuen Rathauses verknüpft. 2007 verhinderte der Bürgerentscheid gegen den Abriss des Neuen Rathauses den Bau eines Konsumtempels in der Innenstadt. Danach tat sich lange Zeit nichts mehr. Es schien, als werde nur darauf gewartet, dass die Einwohner der Stadt angesichts von immer mehr Leerständen in der Mindener Innenstadt nach einem Einkaufszentrum geradezu schreien würden.

Nun taucht der Hamburger Investor ECE wie ein Retter in der Not auf. Bereits 2005 war ECE mit ihrer geplanten Stadtgalerie das Lieblingskind der Mindener Verwaltungsspitze, die sich seinerzeit im Stadtrat aber nicht durchsetzen konnte.

### Die Folgen

Dieses Einkaufszentrum hätte

einige Folgen, die absehbar sind:

- Es wird zu Verlagerungen der Einkaufsströme kommen. Das gilt nicht alleine für das Umfeld von Minden, wo viele Geschäfte pleite gehen werden, sondern auch für das Stadtgebiet selbst.
- Die Perspektive: Ein Einkaufszentrum in der Innenstadt und rund herum billige Verkaufsbuden an der Peripherie.



- Die Ansiedlung wird daher keine Arbeitsplätze schaffen, sondern bestehende verlagern und Vollzeit Arbeitsplätze zugunsten von Minijobs vernichten.

### Staubsauger

Üblich sind in derartigen Zentren Knebelverträge für die Mieter. Sie haben sich den Wünschen des Eigentümers unterzuordnen. Das

betrifft die Gestaltung und erst recht die Geschäftszeiten. Für noch längere Öffnungszeiten und Sonntagsöffnungen, die sich in Minden bisher als wenig nutzbringend erwiesen und bisher nur begrenzt eingeführt wurden, gibt es dann kein Halten mehr.

Diese Einwände gelten angesichts der Größe der Wesertor-Galerie

noch stärker. Im Vergleich zu den alten Planungen soll die Verkaufsfläche um etwa ein Drittel auf 25.000 Quadratmeter erweitert werden. Der Staubsaugereffekt dieses Einkaufszentrums wäre damit noch größer.

### ECE und gebrochene Versprechen: Das Beispiel Kaiserslautern

In Kaiserslautern hatten die Einwohner im Oktober 2011 per Bürgerentscheid grünes Licht für ein Einkaufszentrum von ECE gegeben. Versprechungen und ein schönes Modell, präsentiert auf Hochglanzpapier, taten ihre Wirkung.

Nach dem Bürgerentscheid sieht nun alles ganz anders aus: Jetzt soll es ein hässlicher Zweckbau werden; möglichst billig bauen heißt die Devise. Die Versprechungen entpuppen sich als Propagandalügen.

Es sind die Investmentgesellschaften und ihre kurzfristigen Profitinteressen, die den Bau innerstädtischer Einkaufszentren vorantreiben.

## Städte werden ausgequetscht

Überquellende Geldvermögen, die nach Anlage und Vermehrung suchen, niedrige Zinsen und ein

scharfer Verdrängungswettbewerb im Handel lassen nun auch in kleineren Städten große innerstädt-



tische Einkaufszentren entstehen. Immer neue Steuergeschenke an die Reichen und Konzerne lassen den Reichtum Weniger anschwellen und die Städte verarmen.

Dieser Reichtum fällt nun in Form von Finanzinvestoren in seinem Drang nach hoher Rendite über die

Städte her. Diese Finanzinvestoren werden nur ihren eigenen Höchstprofit im Blick haben. Die übrige Stadtentwicklung wird sie nicht kümmern. Die klein- und mittelständischen Betriebe werden weiter unter Druck geraten.

Die um sich greifende Armut wird nicht durch neue Einkaufszentren bekämpft, deren Waren sich immer weniger leisten können. Die Städte und die Menschen mit und ohne Arbeit, die in ihnen wohnen und leben, brauchen auch keinen Wettbewerb der Städte gegeneinander, um sich gegenseitig die Kunden abzugeben. Sie brauchen eine andere Politik, die Perspektiven für alle Städte schafft.

Lebenswert ist eine Stadt, wenn sie gute Arbeit und Bildung, Freizeit, Kultur, preiswertes Wohnen und nahe gelegene Einkaufsmöglichkeiten in allen Stadtteilen bietet.

## Energiekonzerne stoppen. Umwelt und Geldbeutel schonen

Die Energieversorgung in Deutschland wird von vier riesigen Energiekonzernen beherrscht. E.ON und RWE gehören dazu. Sie machen Milliarden Gewinne. Auf unsere Kosten. Sie wollen einen ernsthaften Einstieg in eine alternative, solare und dezentrale Energieversorgung verhindern. Der Atomausstieg ist für sie längst noch nicht klar. Es geht nur um ihren Profit.

Immer mehr Unternehmen werden von der Ausgleichsabgabe zur Förderung der erneuerbaren Energien befreit. Das treibt den Strompreis für die Haushalte in die Höhe. Immer mehr Menschen können ihren Strom nicht mehr bezahlen.

Die Energiekonzerne müssen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. Ein konsequenter

alternativer Weg muss beschritten werden. Dazu gehört in erster Linie Energieeinsparung.

Und dazu gehören bezahlbare Energiepreise für die Bevölkerung anstatt stromfressende Industriebetriebe von Abgaben zu befreien.

### Energielücke?

Entgegen den Behauptungen der Atomkonzerne: Deutschlands Stromerzeuger verkauften trotz der Abschaltung von acht Atomkraftwerken 6000 Gigawattstunden Strom ins Ausland.

**UZ** **KOSTENLOS TESTEN!**  
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen. Probeabo anfordern unter: <http://www.unsere-zeit.de>

# Stärkungspakt ist Erpressung

Was als „Stärkungspakt“ für die Kommunen daher kommt, ist genau das Gegenteil. Einerseits erhalten die Kommunen etwas Geld vom Land, andererseits müssen sie dafür einen eigenen drastischen „Spar“-kurs einlegen. Minden wird in diesem Jahr 3,4 Millionen Euro aus diesen Landesmitteln erhalten. Angesichts eines erneuten Defizits von 14,2 Millionen völlig unzureichend.

„Bis 2020 sind jährlich 7,6 Millionen Euro aus eigener Kraft zuzusetzen“, so Kämmerer Kresse. Damit droht in Minden der Kahl-schlag. Doch eine

ganz große Koalition von SPD, CDU, Grünen, Mindener Initiative und Bürger-Bündnis segnete diesen Kurs ab. Die FDP hatte lediglich formale Einwände. Grundsätzliche Kritik kam nur von der „Linken“.

Erreicht Minden die vorgegebenen Kürzungsziele nicht, setzt das Land einen Sparkommissar ein. Allerdings hat die Stadt Minden keine Wahl. Da sie zu den 34 bilanztechnisch überschuldeten Kommunen in NRW zählt, muss sie an diesem Programm teilnehmen.

Die Politik drastischer Kürzungen wird in Minden aber bereits seit

vielen Jahren betrieben und ein Ausweg aus der Schuldenfalle ist nicht zu sehen.

Steuergeschenke der jeweiligen Bundesregierungen an die Konzerne und die Reichen rissen immer neue Steuerlöcher, Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhne erhöhten die Sozialausgaben.

Der Stärkungspakt ist kein Ausweg, sondern eine Erpressung der Kommunen. Sie werden zu rigorosen Kürzungen, Schließungen und Privatisierung öffentlicher Einrichtungen gezwungen, eventuell auch zu Entlassungen.

Das Land NRW will sich damit davor schützen, für die klammen Kommunen einzuspringen, wie es verfassungsrechtlich vorgesehen ist. Dafür wird die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt.



Impressum: Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden

„Die Reichen werden immer reicher.“ Die Geld-Millionäre in Deutschland besitzen fast die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Das reichste 1 Prozent der Bevölkerung hat soviel Geld wie die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung.

## Die Städte gehören uns - Nicht den Banken!

Für die Kommunen, für unsere örtliche Daseinsvorsorge gibt es nur einen Ausweg: Die Politik der Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden.

- Die DKP fordert einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden. Die Kommunen müssen auf Kosten der Banken entschuldet und von ihren Zinszahlungen entbunden werden.
- Beendigung der Umverteilung von unten nach oben durch die Finanzpolitik von Bund und Land!

- Höhere Besteuerung der Reichen und Konzerne!
- Bund und Land müssen den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel für die übertragenen Aufgaben auch zur Verfügung stellen.
- Hartz IV muss weg!
- Sozialtarife für Energie und den ÖPNV!
- Keine Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Leistungen!
- Kommunales Infrastrukturprogramm durch Bund und Länder in Höhe von 100 Mrd. Euro!
- Ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.
- Rüstungsausgaben kürzen! Stattdessen zivile Arbeitsplätze schaffen.

Landtagswahl am 13. Mai

## Durchregieren verhindern! „Die Linke“ wählen!

Die SPD/Grüne-Landesregierung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist an der selbst auferlegten Schuldenbremse gescheitert.

Die FDP wollte bei der Entscheidung über den Landeshaushalt noch mehr Einsparungen durchsetzen.

Der Partei "Die Linke" ging es um ein landesweites Sozialticket, sie wollten mehr Geld für die Kommunen, für Kitas und den Wohnungsbau. Dazu waren SPD und Grüne aber nicht bereit. Sie waren auf einen harten Kürzungskurs eingeschwenkt.

Diese Landesregierung hat den Städten und Gemeinden mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ein rüdes Spardiktat verordnet.

Für die Bad Bank der WestLB wurden Milliarden Steuergelder bereit gestellt - für die Zukunft der Kinder wurde nicht investiert.

Beim Ausbau der KITA-Betreuung für unter Dreijährige ist NRW das Schlusslicht.

**Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.**

**„DIE LINKE“ wählen  
DKP**

Mit Neuwahlen soll der gescheiterte Landeshaushalt nun durchgesetzt werden. Er liegt auf der Linie der in Bund, Ländern und Gemeinden herrschenden Politik: mehr Geld für die Reichen, weniger für die Armen! Die CDU tut so, als ob die unsoziale Politik von Jürgen Rüttgers

vergessen worden wäre.

Offenkundig muss für soziale Fortschritte in NRW mehr außerparlamentarischer Druck entwickelt werden. Die DKP ist dazu bereit.

Öffentlicher Wohnungsbau ist nötig. Die Mieten müssen sinken.

Die Landesregierung muss den Konzernen Grenzen bei der Gestaltung der Energiepreise setzen. Wir wollen niedrigere Energiepreise und billige Mieten. Für finanzschwache Menschen muss es ein Sozialticket geben,

das den Namen auch verdient.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden fordert die DKP ein Sozialticket für 15 Euro, das für ganz NRW gelten muss. Schülerinnen und Schüler müssen ein kostenloses Schokoticket erhalten

Für soziale Alternativen, für mehr Geld für die Kommunen hat sich im Landtag von NRW allein die Fraktion der Partei „Die Linke“ konsequent eingesetzt.

Ihr Wiedereinzug in den Landtag ist notwendig.

## Euro-Krise oder Krise des Kapitalismus?

mit

**Prof. Dr. phil. Georg Fülberth**



### „Das Kapital“ von Karl Marx - was hat das mit der Euro-Krise zu tun?

Das Hauptwerk von Karl Marx über die Funktionsweise des Kapitalismus – leicht, verständlich und vergnüglich aufbereitet. Wir stellen die Frage: Wie aktuell ist die Marxsche Theorie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisen?

Prof. Dr. phil. Georg Fülberth, geb. 1939 lehrte Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Er publiziert regelmäßig in 'der Freitag', 'Konkret', 'junge Welt' und anderen Zeitungen und Zeitschriften. In seinem jüngsten Werk „Das Kapital - Kompakt“ beschreibt Fülberth die Grundlagen der Marxschen Ökonomie.



**Donnerstag, 10. Mai 2012 um 19:30 Uhr  
Im Bürgerzentrum (BÜZ), Minden**

**Es lädt ein: DKP Minden**  
[www.dkp-minden.de](http://www.dkp-minden.de)  
[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)